

Wenn Autorität schwindet

Die etablierten Parteien haben sich zu weit von den Wünschen der Bevölkerung entfernt. Das Brexit-Referendum ist eine Folge davon

Eine Analyse von Clemens Fuest

Welche Rolle spielt Autorität in unserer Gesellschaft heute? Autorität als bloße Machtausübung über andere, ohne deren Zustimmung, sollte in freiheitlichen, demokratisch verfassten Gesellschaften keinen Platz mehr haben.

Aber Autorität ist weit mehr. Menschen können durch Verdienste, Kompetenz und charakterliche Qualitäten zu Autoritäten werden, die Orientierung geben und Vertrauen genießen. Ein Politiker wie Helmut Schmidt hatte Autorität, weil er in Krisen wie der Hamburger Sturmflut oder auf dem Höhepunkt des RAF-Terrors im Herbst 1977 Führungsqualitäten unter Beweis gestellt hatte. Eine Institution wie die Deutsche Bundesbank hat Autorität, weil sie sich über Jahrzehnte als Garant einer stabilen Währung bewährt hat. Das Bundesverfassungsgericht hat Autorität, nicht in erster Linie deshalb, weil es Parlamente und Regierungen in die Schranken weisen kann, sondern weil die Bürger darauf vertrauen, dass das Gericht sie vor einer Verletzung ihrer Grundrechte schützt. Auch vor der Willkür staatlicher Behörden.



Kluger Analytiker
Clemens Fuest, 47, ist Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. Für FOCUS fasst er die Diskussion des diesjährigen Convoco-Forums (s. S. 130) zusammen. Dieses widmete sich dem Thema „Autorität im Wandel“

So verstandene Autorität beruht auf Zustimmung und Akzeptanz aller Beteiligten. Es ist also nicht überraschend, dass sie sich im Lauf der Zeit verändert und dass sie fragil ist. Meistens dauert es lange, Autorität zu gewinnen, aber es kann sehr schnell gehen, sie zu verlieren. Politiker oder Wirtschaftslenker, die gegen Gesetze verstoßen oder krasse Misserfolge zu verantworten haben, können innerhalb von Tagen oder Stunden jegliche Autorität verlieren.

Der plötzliche Autoritätsverlust von Personen mag für die Betroffenen schmerzhaft sein. Für die Gesellschaft insgesamt ist der Schaden begrenzt, und zwar nicht nur deshalb, weil Amtsinhaber ersetzbar sind. Es ist ja gerade erwünscht, dass die mit Autorität verbundene Macht nur so lange besteht, wie sie durch die Zustimmung anderer legitimiert ist.

Viele sehen in aktuellen politischen Entscheidungen wie dem Brexit-Referendum oder der Nominierung von Donald Trump zum US-Präsidentschaftskandidaten einen beunruhigenden Verfall der Autorität bewährter politischer Kräfte. Man kann aber auch die Auffassung vertre-

ten, dass die etablierten Parteien sich zu weit von den Wünschen der Bevölkerung entfernt haben. Wenn sie ihr Verhalten ändern, haben sie die Chance, ihre Autorität wiederzugewinnen.

Beunruhigender ist die Erosion der Autorität von Institutionen, die nicht ohne Weiteres ersetzbar sind. Ein Beispiel ist die Entwicklung der Rechtsordnung, vor allem auf europäischer Ebene. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion haben vereinbart, ihre Verschuldung zu begrenzen. Staaten, die diese Grenzen verletzen, sollten bestraft werden. Tatsächlich werden die Verschuldungsregeln vielfach gebrochen. Konsequenzen hat das nicht. Die Staaten in Europa haben vereinbart, dass Banken künftig nicht mehr mit Steuergeldern gerettet werden sollen, Aktionäre und Gläubiger sollen haften. Nun weigert sich die italienische Regierung, diese Regel anzuwenden. Die Politik in Europa diskutiert derzeit intensiv darüber, welche Konsequenzen aus dem Brexit-Referendum zu ziehen sind. Eine Rückbesinnung auf mehr Vertrags- und Regeltreue wäre ein guter Anfang. ■